Das „Hamburger Echo" erscheint täglich zweimal, Sonntags u. nach Feiertagen nur einmal. Bezugspreis: wöchentl. 2.35 M., monatl. 10 M. vorauszahlbar frei ins Haus. Kreuzbandsendung monatlich 12 M.
Redaktion: Hohlandstraße 11, 1. Stock. Verantwortlicher Redakteur: Paul Bugdahn, Altona.
Expedition. Hohlandstraße 11, Erdgeschoß. Buchhandlung: Erdgeschoß. Buchdruckerei-Kontor: Hohlandstraße 11, 1. Stock.

Einzelnummer morgens 20 M., abends sowie Sonn- und Festtags 30 M.

Hamburger Echo

Anzeigen die 4gespaltene Petitzeile 2.20 M., auswärts 50 Prozent Teuerungszuschlag. Arbeitsmarkt u. Familienanzeigen 1.40 M. Anzeigen-Annahme Hohlandstraße 11 im Erdgeschoß (bis 7 Uhr abends für den folgenden Tag), in den Filialen (bis 5 Uhr) und in allen Annoncen-Bureaus. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Reklamen im redaktionellen Teil werden auch gegen Entgelt nicht aufgenommen.

Nr. 91. Donnerstag, den 24. Februar 1921 – Morgen-Ausgabe. 35. Jahrgang.

Zur Frage der Regierungsbildung.

Von unserm Berliner Mitarbeiter.

Die Erörterung über die Neubildung der Regierung, die bisher in der bürgerlichen Presse einen äußerst breiten Umfang angenommen hatten, jedoch weniger auf Tatsachen als auf Kombinationen beruhten, sind im Abnehmen begriffen. Allmählich scheint man einzusehen, daß sinnlose Luftgebilde an den Tatsachen nichts ändern, woraus auch zu erklären ist, daß die gestrige Berliner Abendpresse fast übereinstimmend eine Meinung zum Ausdruck bringt, nach der die angeschnittenen Fragen erst weiterer Erörterung wert sind, wenn die einzelnen Fraktionen gesprochen haben. Vor Anfang März ist mit einem Zusammentritt der Landtagsfraktionen sicher nicht zu rechnen, so daß also vorläufig die Dinge bleiben werden, wie sie liegen. Am Donnerstag vormittag wird zunächst das preußische Staatsministerium zu der Situation Stellung nehmen. Wenn auch bisher über die Haltung der einzelnen Minister strengstes Stillschweigen gewahrt wird, so darf dennoch schon heute als feststehend bezeichnet werden, daß das Kabinett vor dem Zusammentritt des neuen Landtages keine Demission einreichen wird.

Die teilweise gehegten Erwartungen, daß der Zusammentritt des Reichstages eine Klärung bringen würde, sind unbegründet. Wohl wird in den Wandelhallen des Reichstages das Ansinnen der bürgerlichen Parteien eifrigst besprochen, und man hört hier und da einzelne persönliche Meinungen, aber allgemein scheint die Auffassung vertreten zu sein, was für uns selbstverständlich ist, daß den Landtagsfraktionen die Entscheidung überlassen bleiben muß. Bemerkenswert ist die Absicht der Deutschen Volkspartei, aus der Reichsregierung auszutreten, falls man beabsichtigen sollte, in Preußen das bisherige Verhältnis bestehen zu lassen. Sollte dieses Vorhaben tatsächlich verwirklicht werden, so würde die Deutsche Volkspartei endlich vor der breiten Oeffentlichkeit den Beweis erbringen, wie es mit ihrem Wiederaufbau aussieht. Vorläufig scheint sie bestrebt, die Blamage zu verhindern, indem sie sich bemüht, einen Block der Mitte mit Zentrum und Demokraten zustande zu bringen. Dieser Block soll auf einheitlicher Grundlage gebildet werden und mit der Sozialdemokratie die anzustrebenden Verhandlungen führen. Der eigentliche Zweck dieser Bestrebungen ist, der Sozialdemokratie durch einheitliche Forderungen den Sitz des Ministerpräsidenten und anderer wichtiger Ministerien abzuverlangen. Daß sich eine Erörterung dieses Ansinnens, das übrigens keine Aussicht auf Erfolg zu haben scheint, erübrigt, bedarf absolut keiner Frage. Wichtiger erscheint uns die Haltung der Berliner „Freiheit", die sich eifrig für den Fortbestand der alten Koalition einsetzt. Damit erbringt das Blatt einerseits den Beweis, wie frivol seine bisherigen Angriffe gegen die SPD. wegen des Zusammenregierens mit den Bürgerlichen waren, und anderseits, daß die prinzipielle Ablehnung der USP., mit Bürgerlichen eine gemeinsame Regierung zu bilden, nur dem Bedürfnis nach Agitationsstoff entspringt; denn was die USP. bisher ablehnte und weshalb sie uns angriff, verlangt sie jetzt von uns.

Trotz der Zurückhaltung, die von unsern maßgebenden Führern geübt wird, da niemand der neuen Landtagsfraktion vorgreifen will, kann aber gesagt werden, daß keine Neigung besteht, dem Wunsch der bürgerlichen Parteien auf Erweiterung des preußischen Kabinetts durch die Deutsche Volkspartei stattzugeben.

* * *

Ueber das Rätselraten betreffs der Regierungsbildung im Reich und Preußen wird uns von parlamentarischer Seite mitgeteilt: „Von roten Ketten macht euch frei allein die Deutsche Volkspartei!" Das las man auch auf den vielen tausenden Flugblättern, die in der Bürgensteinschen Druckerei des Herrn Stinnes für die Deutsche Volkspartei gedruckt wurden. Nun aber ist keine Partei eifriger bemüht, der Sozialdemokratie offen eine Ehe anzubieten, als die Deutsche Volkspartei. Alle möglichen Abgeordneten unserer Partei werden durch Zwischenmänner der Deutschen Volkspartei angeregt, für eine Homogenität im Reich und in Preußen bereit zu sein. Sozialdemokraten in der Reichsregierung — Deutsche Volkspartei in der preußischen Regierung, so ist augenblicklich ihre Parole. Dafür sind die Kettenlöser zu dem großen Zugeständnis an die Sozialdemokratie bereit. Aber diese Zugeständnisse finden die kalte Schulter unserer Parteigenossen. Sie erklären, daß sie gar nicht anders tun können, daß sie weder zum Verhandeln bereit noch berechtigt sind. Der preußischen Landtagsfraktion überweisen sie alle Verpflichtungen und Verantwortungen für die Stellung zur künftigen Regierungsbildung. Aber man läßt es dabei durchaus klar erkennen, daß die Volkspartei nach übereinstimmender Auffassung der Parteigenossen keine Aussicht hat, mit Sozialdemokraten zusammen in der preußischen Regierung zu sitzen. Die Deutsche Volkspartei hat weit mehr Interesse an der Mitwirkung in der preußischen Regierung, weil sie die Verwaltung beeinflussen will, als an der Beteiligung an der Reichsregierung, wo im wesentlichen doch nur gesetzgeberische Aufgaben zu erledigen sind. Zentrum und Demokraten suchen der Deutschen Volkspartei zu helfen, damit die Grundlage der Koalition verbreitert wird. Das ist ein Zeichen der Schwäche dieser Parteien.

Anläßlich einer Betrachtung über die Regierungsbildung bemerkt die „Deutsche Allgemeine Zeitung", daß die Bildung einer Einheitsfront ausgeschlossen scheint. Das Blatt sagt weiter, daß das kein Hinderungsgrund sein dürfe, bis auf weiteres auch die Verhandlungen der Deutschen Volkspartei mit den Deutschnationalen, die inzwischen begonnen haben, fortzusetzen.

Der neue Landtag in Preußen.

428 Abgeordnete.

WTB. Berlin, 23. Februar. Nach den amtlichen Berechnungen des Landeswahlleiters wird sich der neue preußische Landtag aus 428 Abgeordneten zusammensetzen. Davon entfallen auf die Sozialdemokratische Partei Deutschlands aus den Berrechnungen der Kreiswahlvorschläge 97, aus der Berrechnung der Reststimmen 10, aus Oberschlesien 7, zusammen demnach 114 Abgeordnete; auf das Zentrum 64 plus 6 plus 11, zusammen also 81; auf die Demokratische Partei 14 plus 11 plus 1, zusammen 26, auf die Deutschnationale Volkspartei 62 plus 12 plus 1, zusammen 75; auf die Unabhängigen 18 plus 9 plus 2, zusammen 29; auf die Deutsche Volkspartei 48 plus 10, zusammen 58; auf die Vereinigte KPD. 20 plus 10, zusammen 30; auf die Deutsch-Hannoversche Partei 9 plus 2, zusammen 11; auf die Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes 1 plus 3, zusammen 4 (darunter ein Abgeordneter aus dem Landeswahlvorschlag). Das sind zusammen 428 Abgeordnete.

Die deutschen Gegenvorschläge.

Nachdem die Vorberatungen des engeren Ausschusses der Sachverständigenkommission zur Ausarbeitung der Grundlagen für die deutschen Gegenvorschläge bereits am Dienstag endgültig beendet worden sind, ist Mittwoch nachmittag die Redaktionskommission zur Formulierung der Vorschläge zusammengetreten. Vorläufig hat das Reichskabinett über die einzureichenden Vorschläge noch keinen endgültigen Beschluß gefaßt, da zunächst die für Freitag angesetzte Vollsitzung des Sachverständigenausschusses, der sich nochmals mit der Formulierung der Vorschläge beschäftigen wird, abgewartet werden soll. Bevor Reichsminister Dr. Simons nach London abreist, wird er noch einmal Gelegenheit nehmen, seine Stellungnahme in London gegenüber den Pariser Forderungen zu präzisieren. Am Donnerstag vormittag soll er vor dem Reichswirtschaftsrat sprechen und wird hierbei höchstwahrscheinlich Andeutungen über die vereinbarten Grundlagen für die Gegenvorschläge machen. Die Rede Dr. Simons ist in ihrem Kern um so mehr der Beachtung wert, da vor Verhandlungsbeginn in London an eine Veröffentlichung der Gegenvorschläge nicht gedacht wird. Nach dem Referat des Reichsaußenministers werden höchstwahrscheinlich die Führer der im Reichswirtschaftsrat vertretenen Wirtschaftsgruppen Erklärungen abgeben.

Die Delegation, die zu den Verhandlungen nach London reist, ist auch bis heute offiziell noch nicht festgesetzt. Zutreffend ist bisher nur, daß Dr. Simons Führer der Delegation sein wird. Eine endgültige Entscheidung, ob auch Dr. Wirth mitreist, liegt noch nicht vor. Bei der Zusammensetzung der Delegation soll der Grundsatz der Sparsamkeit vorherrschen, weshalb der Hilfsapparat möglichst beschränkt ausfallen soll. Es ist beabsichtigt, vorläufig nur die Sachverständigen aus den beteiligten Reichsministerien zu nehmen, wogegen die Sachverständigen aus Handel und Industrie je nach Bedarf nach London berufen werden sollen. Ein Teil der deutschen Delegierten reist bereits Donnerstag ab, Dr. Simons und dessen engere Begleitung werden am Sonntag folgen.

Die Abstimmung in Oberschlesien.

Aus Oppeln wird gemeldet: Eine amtliche Bestätigung der Pariser und Londoner Nachrichten über die Abstimmung liegt bei der interalliierten Kommission noch nicht vor. Die interalliierte Kommission erklärte aber dem Vertreter der „Ostpreußischen Morgenpost", daß keinerlei Grund vorliege, die Meldungen anzuzweifeln. Nach demselben Blatt erhielt die Eisenbahndirektion in Kattowitz die Weisung, einen verstärkten Zugverkehr vorzubereiten, da die Abstimmung am 20. März stattfinden solle.

Die Kredite für Oesterreich.

Im englischen Unterhaus wurde auf eine Anfrage von Regierungsseite erklärt, die von der englischen Regierung für Oesterreich bewilligten Kredite beliefen sich bisher auf über 10 Millionen Pfund Sterling. Die endgültige Besserung der Lage in Oesterreich könne nur nach Maßnahme der allmählichen Wiederaufrichtung dieses Landes erreicht werden. Die alliierten Regierungen prüften diese Frage, hätten aber noch keine endgültige Entscheidung getroffen.

Das neue Ministerium der Vereinigten Staaten.

Nach einer Radiomeldung aus Washington ist das Ministerium Hardings nunmehr gebildet und setzt sich wie folgt zusammen: Staatssekretär Charles Hughes, Schatzsekretär Andrew William Mellon, Krieg: John Wingate, Ackerbau: Henry Wallace, Justiz: Daugherty, Inneres: Albert Fall, Post: William Hays, Marine: Edwin Denby, Arbeit: James John Davis, Handel: Hoover.

Regierungssturz in Persien?

Nach der vom „Echo de Paris" veröffentlichten Nachricht aus Teheran soll der persische General Reza Chan von Kaswin an der Spitze von 2500 Kosaken in der Nacht zum 21. Februar vor Teheran angekommen sein, dessen er sich ohne Kampf bemächtigte. Er habe die Regierung gestürzt und sich aller Verwaltungen bemächtigt. Der General sei in Verhandlungen mit dem Schah eingetreten. Reza Chan gab dem französischen Gesandten die Versicherung, daß er die Verantwortung für die Sicherheit aller Franzosen übernehme.

Eupen und Malmedy endgültig verloren? Havas meldet: Der Völkerbundsrat stellte den Wortlaut des Antwortschreibens auf die Mitteilung der deutschen Regierung bezüglich Eupens und Malmedys fest. Die Antwort erinnert an die frühere Entscheidung des Rates, welche den endgültigen Uebergang dieses Gebietes anerkennt.

Zur Londoner Konferenz. Wie „Echo de Paris" mitteilt, erklärte Loucheur, der gestern in London angekommen ist, vor seiner Abreise aus Paris, er so wenig wie Briand würden in London in Gegenwart der Deutschen von der einmal in Paris festgesetzten Entschädigungssumme abgehen. Nur über die Zahlungsmodalitäten könne eine nützliche Erörterung Platz greifen.

Verhaftungen im besetzten Gebiet. Nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung" nahm die französische Behörde in Wiesbaden in verschiedenen Orten des Rheingaues Führer der Deutschnationalen fest, weil sie dort Flugblätter mit Abbildungen des Straßburger Münsters und über die Opferwilligkeit aus den Befreiungskriegen verbreiteten. — Zwei Führer der Deutschen Volkspartei wurden vorübergehend festgenommen, weil sie für die Ausführungen in Stresemanns Wiesbadener Vortrag über den Versailler Frieden verantwortlich gemacht wurden. Stresemann ist rechtzeitig ins unbesetzte Gebiet abgereist.

Freigabe der kleinen deutschen Vermögen in Italien. Aus Rom wird berichtet: Der Handelsminister ermächtigte den Präfekten, die kleinen deutschen Vermögen im gegenwärtigen Werte von etwa 10 000 Lire freizugeben.

Deutscher Reichstag.

(Telephonischer Bericht.)

67. Sitzung.

Mittwoch, 23. Februar, nachmittags 3 Uhr.

Der Abgeordnete Mackeldey (DNP.) hat sein Mandat niedergelegt. — Anträge auf Genehmigung zur Strafverfolgung des Abgeordneten Reich (Kom.) wegen Unterschlagung, Diebstahls und Urkundenfälschung, des Abgeordneten Erzberger wegen Einkommensteuerhinterziehung und des Dr. Heim (bayer. Volkspartei) wegen Beleidigung werden dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen.

Zunächst kommt ein Antrag der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokraten zur Verhandlung, wonach die Regierung ermächtigt wird, die Erhebung der Verkehrssteuer auf den natürlichen Wasserläufen des Reiches zeitweise auszusetzen.

Sivkovich (DVP.) beantragt eine Abänderung des Antrages dahingehend, daß die Verkehrssteuer allgemein für die Beförderung auf dem Wasserwege aufgehoben wird. Auf diese Weise kann auch der Elbe-Trave-Kanal, den man als eine zweite Mündung der Elbe ansieht, unter dieses Gesetz fallen.

Gildmeister (DVP.): Auf Veranlassung der interalliierten Kommission ist die Verkehrsfreiheit für die Elbe ausgesprochen worden. Um die anderen Wasserstraßen nicht zu benachteiligen, stimmen wir dem Antrage zu.

Der Antrag wird in allen drei Lesungen angenommen.

Es folgt der Haushalt des

Reichsarbeitsministeriums.

Dazu fordert ein Antrag aller Parteien die Vorlegung eines Notgesetzes zur Regelung der rechtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Hausangestellten. Die Deutschnationalen verlangen einen Gesetzentwurf, der den Angestellten und Arbeitern die Kapitalbeteiligung in geeigneten Unternehmungen ermöglicht.

Ein sozialdemokratischer Antrag verlangt Erhöhung der Reichswochenhilfe. Es liegen Ausschußanträge vor auf Förderung des Siedlungswesens, neuzeitliche Aenderung der Seemannsordnung, Schaffung nutzbringender Arbeitsgelegenheit.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns: Die 4 Milliarden Gesamtzuschüsse, mit denen der Haushalt des Reichsarbeitsministeriums abschließt, könnten erschreckend wirken, aber es ist zu berücksichtigen, daß das Ministerium selbst nicht einmal den zweihundertsten Teil der Gesamtausgaben erfordert, vielmehr verschlingen wichtige Notausgaben, wie Zuschüsse zur Invalidenversicherung, Wochenfürsorge und dergleichen große Summen. Auf sozialem Gebiete verlangt der verlorene Krieg trotz größter Sparsamkeit immer noch stärkste Anspannung. Die Sozialpolitik darf trotz der ungünstigen Wirtschaftslage nicht ruhen. Einen hervorragenden Anteil an den neuen Aufgaben hat die Sorge um die Arbeiterschaft. Der deutsche Arbeitsmarkt wird besonders im Ausland viel zu günstig angesehen, aber in der Statistik erscheinen ja nur die unterstützten Erwerbslosen, nicht die Unterstützungslosen und die Kurzarbeiter. Unsere Arbeitslosigkeit ist vielmehr seit Kriegsende eine chronische Erkrankung geworden und macht uns die größte Sorge. Leider sind der Bekämpfung der Erwerbslosigkeit Grenzen gesetzt. Vor allem kommt es an auf den Ausbau und die Förderung der Arbeitsnachweise. Ein Gesetzentwurf über diese Materie ist bereits fertiggestellt. Unsere Bemühungen nach produktiver Erwerbslosenfürsorge bewegen sich dauernd in der Richtung des Programms, das ich seinerzeit bei der Interpellation über die Arbeitslosigkeit dargelegt habe. Dieses Programm ist in seinen wichtigsten Teilen bereits verwirklicht. Bis zum 18. Februar 1921 sind 5226 Anträge auf Bewilligung der produktiven Erwerbslosenfürsorge eingegangen, davon 3684 bewilligt. Eine Aktion der Spitzenorganisationen der Arbeitnehmer zur Beschaffung von Kleidungsstücken haben wir mit Krediten unterstützt. Die Arbeitslosenversicherung nach dem früheren Entwurf ist augenblicklich undurchführbar, jedoch werden wir umgehend ein Gesetz für eine vorläufige Arbeitslosenversicherung ausarbeiten. Für die Wintermonate ist eine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung vorgesehen. Am 1. Dezember bezogen Unterstützung 349 382 Erwerbslose, am 1. Februar 432 381 Erwerbslose. Das Ueberschichtenabkommen vom Februar 1920 zur Durchführung des Spaer Abkommens ist von den Bergarbeitern loyal durchgeführt worden. Die Arbeitsleistung und die Kohlenförderung sind wesentlich gestiegen. Die Regierung beabsichtigt nicht, die Schichtdauer der Bergleute zu verlängern, doch hoffen wir, in neuen Verhandlungen mit den Bergleuten eine für alle Teile befriedigende Lösung zu finden. Die Führer der Gewerkschaften sind neuerlich bei der Reichsregierung vorstellig geworden, die Lebenskosten nicht noch mehr steigern zu lassen. Die Kohlenpreise können also kaum erhöht werden. Neben dem Bergbau ist die Steigerung der Produktion in der Landwirtschaft dringend notwendig. Durch die Urbarmachung der Oedländereien durch die ländliche Siedlung sowie durch den Pachtschutz wird daran gearbeitet. Was die Lohnpolitik betrifft, sucht das Ministerium den berechtigten Lebensansprüchen der Angestellten und Arbeiter gerecht zu werden, aber auf der andern Seite eine größere Arbeitslosigkeit zu verhindern. Durch die Teuerungsstatistik könnten örtliche Tarifstreitigkeiten vermieden werden. Um den zeitlichen Teuerungsschwankungen zu folgen, sind sorgfältig zusammengesetzte Schiedsgerichte nötig. Eine wirklich befriedigende Lohnregelung kann nur einsetzen, wenn die Löhne den Verantwortlichkeiten und den Anforderungen des Berufes entsprechend abgestuft werden. Das ist ein wichtiges Betätigungsfeld für die Organisationen, die Tarifgemeinschaften und Arbeitsgemeinschaften, die die Richtlinien für die Entscheidungen der Schlichtungsausschüsse schaffen müßten. Bei den Schlichtungsausschüssen waren 1919 84 000 Streitigkeiten anhängig, von denen über 30 000 durch Schiedsspruch erledigt wurden. Hiervon wurden wiederum 72 % der Schiedssprüche angenommen. Die Tarifverträge umfassen heute über 320 000 Betriebe und etwa 9,3 Millionen Arbeiter. Die neue Schlichtungsordnung wird demnächst einsetzen. Was das Demobilmachungsrecht betrifft, konnte trotz der schwierigen Lage des Arbeitsmarktes von den notwendigen Beschränkungsmaßnahmen zwecks Aufrechterhaltung der Produktivität der Betriebe nicht völlig abgesehen werden. Eine der schwierigsten Fragen bildet die Belebung der darniederliegenden Bautätigkeit. An eine Rentabilität von Neubauten ist nicht zu denken. Die Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln dürfen die Baukosten nicht noch mehr verteuern. Der dem Reichstag zugegangene Entwurf einer Wohnungssteuer trifft Vorsorge, daß Neubauten durch Mittel der Abgaben nur dann gefördert werden, wenn der Unternehmer dafür Gewähr leistet, daß spekulativer Gewinn ausgeschlossen ist. Nach dem Haushalt von 1920 sind 920 Millionen Baukostenzuschüsse bewilligt, für Bergmannssiedlungen sind weitere 1½ Milliarden vorgesehen. Die soziale Fürsorge für die Arbeitsunfähigen läßt die Reichsregierung sich besonders angelegen sein, ebenso die Notlage der Sozialrentner. Bei der Unfallversicherung wird eine Herabsetzung der Drittelgrenze erfolgen, die Versicherungspflicht der landwirtschaftlichen Betriebsunternehmer wird neu geregelt werden. Weiterer Schutz der Heimarbeit und der Ausbau der Krankenkassenstatistik ist beabsichtigt. Ein Entwurf über die achtundvierzigstündige Arbeitswoche wird dem Reichstag zugehen. Der Entwurf einer Schlichtungsordnung liegt bereits dem Kabinett vor. Der Entwurf eines Reichsarbeitsgesetzes, eines Gesetzes zur Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter, eines Hausgehilfengesetzes, eines Heimarbeitsgesetzes und eines Gesetzes über die Arbeitszeit der Angestellten wird dem Reichstag nächstens zugehen. Ein Arbeitsgerichtsgesetz konnte noch nicht fertiggestellt werden. Das Militärversorgungsgesetz erfordert 480 Millionen, da eine völlige Neuregelung eingetreten ist und das Ministerium zahlreiche Rückstände übernehmen mußte. Die Organisation des Beamtenkörpers ist jetzt erst voll durchgeführt. Die 500 Millionen für die soziale Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge sollen zunächst für die Berufsfürsorge verwendet werden, dann aber auch für die Erziehungsfürsorge. Auf dem Gebiete der Jugendfürsorge für die Kriegerwaisen und die Kinder von Kriegsbeschädigten werden höhere Aufwendungen nötig sein. Die Lazarette dürfen nur Behandlungs- und Pflegebedürftige aufnehmen. Ich hoffe, daß die Arbeiten und Bestrebungen meines Ministeriums für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und für die Annäherung der Klassen und Stände gute Vorarbeiten leisten werden und zur Schaffung eines neuen Geistes beitragen, zur Erhebung des deutschen Volkes aus Erniedrigung und Not.

Kaiser (SD.): Unsere bisherige Sozialpolitik war nur Flickwerk. Hoffentlich werden die neuen Entwürfe, die der Minister angekündigt hat, Wirklichkeit. Die soziale Gesetzgebung muß geändert und ausgebaut werden. Wir fordern, daß im Geiste der neuen Zeit neue Wege beschritten werden. Gerade die trüben Folgeerscheinungen des Krieges erfordern erhöhte Anspannung der sozialen Fürsorge. Die dringend notwendige Umgestaltung der Reichsversicherungsordnung wird wohl noch lange auf sich warten lassen. Daher muß durch Novellen und einzelne Aenderungen die dringendste Not beseitigt werden. Wir sind der Meinung, daß nicht der Grundsatz der Versicherung, sondern nur eine allgemeine Fürsorge imstande ist, den Opfern auf dem Gebiet der Unfallversicherung wirklich zu helfen. Ein einheitliches Fürsorgegesetz muß an die Stelle der Reichsversicherungsordnung treten. Notwendig ist die Einbeziehung der Unfälle auf dem Wege von und zur Arbeitsstätte in die Versicherung. Fortfallen muß künftig der Begriff der Gewöhnung des Verletzten an seinen Körperschaden, der bisher eine Erniedrigung der Rente nach sich zog. Erhöhte Aufmerksamkeit muß der Unfallverhütung zugewendet werden. Wir hatten im Jahre 1918 99295 Schwerverletzte, darunter 9795 Tote, 495 völlig Erwerbsunfähige, 84 151 teilweise Erwerbsunfähige und 54 851 vorübergehend Erwerbsunfähige. Die Gesamtzahl der Unfälle war noch beträchtlich größer. Insgesamt erlitten 1918 567 295 in Industrie und Landwirtschaft Beschäftigte Arbeitsunfälle. Davon waren nahezu 10 000 Tote und 100 000 Schwerverletzte. Der Krieg von 1870/71 erforderte nur das Vier- bis Fünffache an Toten und Verletzten. Die Zahl der Unfallrentner betrug 1918 871 660. Sie kann sich neben den Ziffern des Weltkrieges immerhin sehen lassen. Nur wenn in dem neuen Gesetz der Unternehmer für die Unfälle haftbar gemacht wird, läßt sich die Zahl der Unfälle verringern. Am schlimmsten sind hierbei die Arbeiter in gesundheitsschädlichen Betrieben daran. Sie haben keinen Anspruch auf Unfallrente, wenn sie z. B. durch Gifte invalide geworden sind. Bei den jetzigen Beträgen der Rente läßt sich nicht mehr bestehen. Die Anrechnungsgrenze des Lohnes ist zu niedrig. Auch die Vorlage der Regierung genügt darin nicht. Besonders in der Landwirtschaft sieht es grauenhaft aus. Ein 14jähriger junger Mensch, der einen Arm verloren hat, bekommt monatlich 10,60 M. Wenn das Gesetz nicht geändert wird, bekommt er dreißig Jahre lang keine höhere Rente. Die nötigen Geldmittel zur Erhöhung der Renten können sehr wohl durch höhere Beiträge von Industrie und Landwirtschaft beschafft werden. Auf dem Gebiete der Krankenversicherung fordern wir die allgemein obligatorische Einführung der Familienversicherung. Das ganze Krankenkassenwesen muß vereinheitlicht werden unter Beseitigung der Ortskrankenkassen, Betriebskrankenkassen usw. Ganz unzureichend sind die Erhöhungen, die der Minister für die Wochenhilfe in Aussicht gestellt hat. Ein besonderes Kapitel ist die Hinterbliebenen- und Invalidenversicherung. Die Landesversicherungsanstalt muß saniert werden, um den hohen Anforderungen genügen zu können. Für die Angestellten kommt jetzt die Invalidenversicherung kaum in Betracht. Die Angestelltenversicherung aber bleibt mit ihrer Beihilfe weit dahinter zurück. Deshalb müssen beide Versicherungen verschmolzen werden. Man muß unter großen Gesichtspunkten die ganzen Gesetze zusammenfassen und bis zur Neuordnung vorläufig die größten Härten ausmerzen. Unerträglich ist die Verschleppung der Anträge auf Rente bei den Reichsversorgungsbehörden. Es geht nicht an, daß Kriegsbeschädigte jahrelang auf Erledigung ihrer Anträge warten müssen. Die produktive Erwerbslosenfürsorge muß auch auf die Erwerbsbeschränkten ausgedehnt werden. Die Berufsberatung ist nicht grundsätzlich zu verwerfen, bleibt aber immer eine Personenfrage. Dem Gewerbe und der Industrie sollen Lehrlinge zugeführt werden, um das Heer der qualifizierten Arbeiter zu vermehren und die Lücken auszufüllen, die der Krieg gerissen hat. Doch dürfen die Lehrlinge nicht Ausbeutungsobjekt sein und sollen angemessen entlohnt werden. Von dem Gesetz über die Regelung der Arbeitszeit befürchten wir eine Durchlöcherung des Achtstundentages. Schon jetzt hat der Kommissar für die Demobilmachung eine Beschäftigung der Bankangestellten bis zu 63 Arbeitsstunden wöchentlich genehmigt, die in besonderen Fällen sogar noch überschritten werden darf. Der Reichsarbeitsminister sollte auch die Tarifverträge für verbindlich erklären, damit die Bemühungen der Unternehmer, die Tarifverträge zu sabotieren, keinen Erfolg haben. Das Reichsarbeitsgesetz findet angeblich Schwierigkeiten, nachdem der Entwurf schon fertiggestellt ist. Diese Schwierigkeiten können nur bei den interessierten Unternehmerkreisen liegen. Die Arbeiterschaft billigt das Gesetz. Trotz der großen Ueberlastung des Arbeitsministeriums darf nicht wie bisher viel geredet aber wenig getan werden, vielmehr muß mit praktischer Sozialpolitik endlich ein energischer Anfang gemacht werden.

Dr. Fid (DDP.): Wir befürworten die Selbstverwaltung auch im Versicherungswesen. Wird die Ausfuhrabgabe eingeführt, so ist die weitere Steigerung der Arbeitslosigkeit die Konsequenz davon. Die paritätische Zusammensetzung der Schlichtungsausschüsse ist falsch.

Das Haus vertagt sich auf Donnerstag 1 Uhr: Wahl von vier Schriftführern. Weiterberatung.

Schluß 7 Uhr.

Theater und Musik.

Volksoper. „Fidelio." Diese einzige Oper Beethovens war bekanntlich sein Sorgenkind. Während seines ganzen Lebens hat er nach geeigneten Dichtungen für Opern gesucht. Glücklicherweise vergebens. Der Kernpunkt seines Wirkens war eben die Instrumentalmusik, in der er das Größte zu sagen hatte. Ein getreues Abbild des Lebens zu geben, wie es ihm vorgeschwebt haben mag, war ihm nicht vergönnt. Sollte sich der Genius entzünden, so mußte er hoch fliegen. Die drei kleinen Geister Rocco, Marzelline und Jaquino, Typen aus dem Genre des damaligen Singspiels, hat er wohl musikalisch liebevoll behandelt, doch regt sich der Gestalter Beethoven erst beim Auftritt des Fidelio. Der Quartettkanon erst bringt den wahren Dichter, der sich feurig aufschwingt in der großen Leonoren-Arie, vielleicht dem bedeutendsten Stück der Oper. Groß sind auch die beiden Gefangenenchöre, die so recht zeigen, eines wie geringen Stoffes Beethoven bedurfte, um ans Herz zu rühren. Der zweite Akt, der das eigentlich dramatische Element bringt, war dem Dichter am wichtigsten. Hier stellt sich das Orchester gleichberechtigt neben den Gesangskörper, malt realistisch Ort, Stimmung, Geschehen, Spannung, Erlösung, um am Ende im Freudenjubel der Erlösten ganz die Führung zu übernehmen.

Die Aufführung am Dienstag war recht gut und ließ etwas vom Geiste des Schöpfers verspüren. Die Spielleitung (Direktor Richter) hatte die krassen Unmöglichkeiten des Buches nach Kräften gemildert und das Hauptgewicht nach der rein musikalischen Seite verlegt, für die sich Bruno Zilzer mit gutem Gelingen einsetzte. Die Darbietung der dritten Leonoren-Ouvertüre zeigte erfreuliches Leben im Orchester und eine sorgfältige Partiturarbeit. Die Chöre waren auf ganz glückliche Weise durch Dilettanten verstärkt worden. Die Darsteller wurden mit den sehr schwierigen gesanglichen Aufgaben gut fertig, allen voran natürlich Theo Drill-Orridge, die durch ihre bedeutende gesangliche Kultur zu einer seelisch vertieften Darstellung der Leonore befähigt ist. Pennarini als Florestan bemühte sich geschickt, die Bravour seiner Arie mit dem darzustellenden geschwächten Gefangenen in Einklang zu bringen. Ebenbürtig war Hermann Siegel als Pizarro, ein idealer Verkörperer solcher Bösewichte, den zu besitzen die Volksoper sich glücklich schätzen darf. Adolf Marten als Minister hätte noch etwas mehr Festigkeit zeigen dürfen. Das kleinbürgerliche Trio war bei Anna und Max Roller sowie Ludwig Flaschner in guten Händen und wurde mit erfreulicher Zurückhaltung dargestellt.

Die Hörer folgten der Aufführung mit lebhafter Anteilnahme. Die Theaterleitung sollte aber streng darauf sehen, daß die fortwährenden Störungen des Spiels durch die Zuspätkommenden endlich unterbleiben, indem sie einfach das Betreten des Saales während des Aktes verbietet. Weem.

Hamburger Stadttheater. (Gastspiel der Niederdeutschen Bühne Dr. Ohnsorgs). „Seefahrt", Schauspiel in 3 Akten von Rudolf Werner, wurde in niederdeutscher Fassung unter der Regie von Brüder mit durchschlagendem Erfolg zum erstenmal aufgeführt. Wir kommen auf das Stück in einer der nächsten Nummern zurück.

Kunst, Wissenschaft und Leben.

Hamburgische Universität. Das Vorlesungsverzeichnis für das Sommersemester 1921 ist soeben erschienen und beim Pförtner der Universität zum Preise von 2,70 M zu haben. Es ist ferner durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Versand nach auswärts erfolgt durch die Geschäftsstelle der Universität.

Kleine Notizen. Karl Söhle begeht am 1. März d. J. seinen 60. Geburtstag. Der aus der Lüneburger Heide stammende und jetzt in Dresden lebende Schriftsteller hat sich durch seine fesselnd geschriebenen Musikantengeschichten einen Namen von Ruf erworben!

Bücher und Schriften.

Die Organisation der Bezirkswirtschaftsräte. Die Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums über den Aufbau der Bezirkswirtschaftsorganisation, die eine Zusammenstellung der leitenden Gesichtspunkte zu dieser Frage enthält, ist jetzt als Sonderheft der Zeitschrift „Recht und Wirtschaft" im Verlag von Georg Stilke, Berlin NW. 7, Dorotheenstraße 66/67, im Druck erschienen.